

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische neueste Nachrichten. 1946-1950 1947

93 (7.8.1947)

Paris, 6. August. (Dena-INS). Die Antworten auf die Fragebogen des europäischen Wirtschaftskooperationsausschusses sind, wie ein Sprecher dieses Ausschusses bekanntgab, nunmehr von allen sechzehn Staaten sowie von dem Oberkommandierenden der französischen Besatzungszone in Deutschland eingetroffen.

Die Fragebogen sollen einen Überblick über die Hilfsquellen und Bedürfnisse eines jeden Landes, das sich an dem Europa-Programm beteiligt, geben. Der Kooperationsausschuss errichtete eine „Zentrale Gruppe“ um aus Grundsätzen der Vorschläge Marshall's einen Plan auszuarbeiten. Grundlage für diesen Plan sollen die Antworten der Fragebogen darstellen.

Die Antwort des Oberkommandierenden der amerikanischen und britischen Besatzungszone wird ebenfalls in Kürze erwartet. Man zweifelt jedoch, daß der Oberkommandierende der sowjetischen Besatzungszone den Fragebogen beantworten wird.

Sowjetzone läßt Fragebogen unbeantwortet
Paris, 6. Aug. (Dena-INS). Der sowjetische Oberbefehlshaber in Deutschland, Marschall Sokolowski, hat eine Beantwortung des Fragebogens über die wirtschaftlichen Hilfsquellen und die Bedürfnisse seiner Zone abgelehnt. Der britische Oberbefehlshaber Sir Sholto Douglas hat diesen Fragebogen für wirtschaftlich wertlos erklärt. Die amerikanische und amerikanische Zone beantwortet.

SPD und Wirtschaftsrat
Frankfurt, 6. Aug. (Dena). Die CDU wird, wie am 4. August, aus zuverlässiger Quelle bekannt wird, noch einmal die SPD zur Mitverantwortung im Wirtschaftsrat zu veranlassen.

In Kreisen der CDU heißt man es für möglich, daß Ludwig Meißner (SPD), der als Vorsitzender des Exekutivrats des Wirtschaftsrats großen Einfluß auf die Direktorenwahl hat, in Hannover von dem SPD-Vorsitzenden Dr. Kurt Schumacher neue Anweisungen empfangen wird, die unter Umständen eine Wiederholung des Vorschlags Dr. Adenauers erlauben.

Bisher besteht die SPD jedoch, wie Herbert Kriedemann von der SPD-Fraktion im Wirtschaftsrat mitteilt, auf der Forderung, erst wenn die Wirtschaftsministerien in allen Ländern der Bizone zu beauftragt, als auch den Posten des Zweizeiten-Wirtschaftsrektors zu besetzen.

USA trägt britische Besatzungskosten
England kann volle Dollarlast nicht mehr tragen
Frankreich soll erhöhter Industrieproduktion zustimmen

Paris, 6. Aug. (Dena-INS). Für die zukünftige amerikanische Politik gegenüber Deutschland zeichnen sich die Ergebnisse einer stattfindenden Konferenz hoher amerikanischer Diplomaten zwei Hauptpunkte aus. Die beiden Schlüsselprobleme sind, wie ein Gewährsmann der INS-Korrespondenz Kingsbury Smith mitteilt, die folgenden:

1. Die Regierung der Vereinigten Staaten wird sofort und für die Zukunft die Besatzungskosten der britischen Zone Deutschlands zum Teil zu tragen haben.

2. Der französische Regierung muß nahegelegt werden, sich zu einer erhöhten deutschen Industrieproduktion bereit zu erklären, damit die Kohlenförderung ihrer Besatzungskosten in Deutschland abgedeckt werden kann.

Vier der höchsten Vertreter des amerikanischen Außenministeriums in Europa scheinen im allgemeinen über diese Punkte übereinzustimmen. Der Staatssekretär für wirtschaftliche Angelegenheiten, William L. Clayton, ist bereit, sich für die oben erwähnten Richtlinien in Washington einzusetzen.

Die erste Schlüsselfolgerung gründet sich auf die Mitteilung der britischen Regierung an amerikanische Diplomaten, wonach Großbritannien nicht mehr länger in der Lage ist,

die volle Dollarlast seiner Besatzungskosten zu tragen. Als Ausgleich für diese Notlage jedoch erwartet, daß Großbritannien den amerikanischen Plan über die Neuorganisation der Leitung der Ruhrwerke annimmt, um eine erhöhte Produktion zu ermöglichen. Diese Angelegenheit liegt zurzeit dem britischen Außenminister George Marshall und dem amerikanischen Präsidenten Truman zur Entscheidung vor.

Es ist unwahrscheinlich, daß die amerikanischen Truppen in der britischen Zone zu Besatzungszwecken eingesetzt werden, da nach Londoner Berichten die britische Regierung keine größere Herabsetzung ihrer Besatzungskosten in Deutschland beabsichtigt. Die Konferenz war sich bald darin einig, daß eine erhöhte Ruhrkohlenförderung notwendig für eine Gesundung Europas ist. Dieses Programm müsse selbst dann ermöglicht werden, wenn ein Teil dieses Planes eine höhere Stahlproduktionsquote erfordere. Amerikanischerseits hält man eine schnelle Steigerung der täglichen Förderung von gegenwärtig 225 000 t Kohle auf 300 000 t für möglich und als Ziel der amerikanischen Politik.

Die Geschütze in Indonesien schweigen
Holländer stellten Vormarsch ein — Die Unruheherde Griechenland und Palästina

Batavia, 6. Aug. (Dena). Das Hauptquartier der niederländischen Armee hat am 4. d. Mts. bekanntgegeben, daß die niederländischen Truppen an allen Fronten in Java und Sumatra ihren Vormarsch eingestellt haben.

Die indonesische republikanische Regierung beschuldigt die Holländer jedoch, sich im Mitternacht des Waffenstillstandsvertrages die Waffentätigkeit zu erlauben, „Säuberungsaktionen“ durchgeführt zu haben. Der stellvertretende Premierminister Dr. A. K. Gani hat den früheren republikanischen Premierminister Dr. Sudan Sharir, der sich auf dem Wege nach Batavia befindet, telegrafisch ersucht, den Sicherheitsrat von diesen Operationen in Kenntnis zu setzen.

Ein Vertreter der niederländischen Behörden erklärte am Dienstag, von niederländischer Seite seien auf der Insel Madura, auf der am vergangenen Montag niederländische Truppen gelandet sind, Sicherheitsmaßnahmen getroffen worden.

Die Oberkommandierende der niederländischen Streitkräfte, General von Spoor, erklärte, es sei die Pflicht der niederländischen Streitkräfte, den Waffenstillstandsvertrag einzuhalten.

Indonesische Gewerkschaftsbund hat am Dienstag den Weltgewerkschaftsbund ersucht, den Weltgewerkschaftsbund zu ersuchen, eine Kommission nach Indonesien zu entsenden, welche die Durchführung des Waffenstillstandsvertrages überwachen soll.

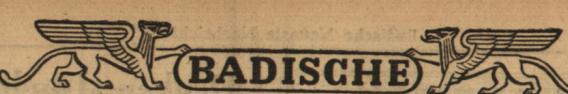
Erhöhung griechischer Streitkräfte
Athen, 6. Aug. (Dena-Reuters). Der griechische Verteidigungsrat erörtert gegenwärtig,

Agypten verlangt volle Souveränität
England erklärt den Vertrag von 1936 als freiwillig abgeschlossen und bindend

New York, 6. Aug. (Dena-Reuters). Der Weltgewerkschaftsrat eröffnete am 5. August seine Verhandlungen über die Beschwerde Ägyptens gegen Großbritannien.

Zu Beginn der Besprechungen begründete der ägyptische Premierminister Nokrassy Pascha die Beschwerde seines Landes und erklärte, die gegenwärtige Spannung zwischen beiden Ländern gefährde den Weltfrieden und die Sicherheit.

Nachdem Nokrassy Pascha einen historischen Überblick über die britisch-ägyptischen Beziehungen gegeben hatte, betonte er, daß die Bedingungen des anglo-ägyptischen Vertrages von 1936 mit der UN-Charta nicht vereinbar seien, da der Vertrag die volle Souveränität Ägyptens nicht anerkannte. Nokrassy Pascha forderte im Namen seines Landes den Sicherheitsrat auf, unverzüglich und bedingungslos Zurückziehung aller britischen Streitkräfte aus



NEUESTE NACHRICHTEN

Winston Churchill kritisiert britische Politikführung gegenüber Deutschland

Engere Verbindung Englands mit USA / Unterhaus warnt vor „Balkanisierung“ Deutschlands / „Teilung Deutschlands keine Basis für November-Konferenz“

London, 6. Aug. (Dena-Reuters). Der ehemalige britische Premierminister Winston Churchill erklärte am 4. August zur britischen Politik gegenüber Deutschland, daß die Briten eine höchst unfähige Verwaltung aufzuzwingen, anstatt ihnen die Verantwortung für ihre eigene Angelegenheiten zu übertragen und ihnen jegliche Hilfe zu geben. Das gibt ihnen die Möglichkeit, Großbritannien für alles Elend verantwortlich zu machen, an dem sie doch selber Schuld sind. Die Haltung der Deutschen gegenüber Großbritannien werde sich in einem tiefen Haß, der sich mit Verachtung mische, wenn sie erfahren, daß 88 Millionen Pfund Sterling im unerlaubten Handel mit Zigaretten und Valuta verlorengegangen sind.

„Große Summen Geldes seien für eine Verwaltung Deutschlands verwendet worden, die nur „Elend über das deutsche Volk und nichts als Schande über die britische Besatzungsmacht“ gebracht habe. Als Grundlage der britischen Politik forderte er eine immer engere Verbindung mit den USA.

Unterhaus-Debatte über Deutschland
Die Unterhausdebatte über die britische Verwaltung in Deutschland und Österreich begann am 4. August mit einer Kritik des konservativen Abgeordneten H. McMillan. McMillan bezeichnete die britische Verwaltung in Deutschland als so schlecht, daß sie Großbritannien dazu zwingen könnte, sich aus Deutschland zurückzuziehen. Der Grund dafür sei das siegreiche Großbritannien nach zwei Jahren sozialistischer

Regierung mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen habe. Er empfahl zur wirtschaftlichen und politischen Vereinigung der westlichen Besatzungszone Deutschlands die Wiedererrichtung eines obersten Hauptquartiers der alliierten Streitkräfte, dessen Chef der Chef des amerikanischen Generalstabs, General Dwight D. Eisenhower, sein sollte. McMillan betonte, daß Frankreich an allen britischen und amerikanischen Plänen für eine Einheit in Westdeutschland als gleichberechtigter Partner beteiligt werden müsse und warnte vor einer „Balkanisierung“ Deutschlands als Folge seiner Aufteilung in wirtschaftlich unabhängige Einzelteile.

Außenminister Bevin lehnte den Vorschlag McMillans für die Errichtung eines obersten Hauptquartiers ab. Seiner Ansicht nach, sagte Bevin, müsse man den Deutschen Schritt für Schritt die Verwaltung in die Hände geben, bis eine verantwortliche Regierung in Deutschland bestehe, mit der man verhandeln könne. Er billigte nicht eine solche nicht als Ausgangspunkt für die im November stattfindende Außenministerkonferenz an.

Die Zurückhaltung der deutschen Kriegsgefangenen in Großbritannien bezeichnete Bevin als einen Vorteil für Deutschland, da der Einsatz dieser Kriegsgefangenen auf Nahrungsrationen im Heimatland einbringen würde. Die Zurückhaltung der deutschen Kriegsgefangenen in Großbritannien bezeichnete Bevin als einen Vorteil für Deutschland, da der Einsatz dieser Kriegsgefangenen auf Nahrungsrationen im Heimatland einbringen würde.

USA-Standpunkt zur Kerkentzenlochung
Was die Kerkentzenlochung betreffe, so könne er den Unwillen der vom Gesetz Betroffenen verstehen, mit den Militärlieferanten in diese Gruppe zugezogen zu werden. Aber man habe die Absicht, durch Amnestien usw. diesen Leuten ihre vollen Staatsbürgerrechte wiederzugeben und das gebe nur durch Toleranz und ohne jegliche Diskriminierung. Geeigneten Gegenverpflichtungen der Militärregierung jedoch ihre volle Beachtung schenken. Alles was eine Vereinfachung und Beschleunigung der Entnazifizierung bedeute, würde von der Militärregierung berücksichtigt werden. Der stellvertretende Außenminister, der amerikanische Präsidenten im allgemeinen ohne Einzelheiten besprochen worden. Grundsätzlich habe sich in der Stellung der Militärregierung

Deutschlands Außenhandel muß wieder auf normale Grundlagen gestellt werden
Rundfunkgespräch General Drapers und Cecil Weirs über Wirtschaftslage

Berlin, 6. Aug. (Dena). Nur wer das heutige Deutschland, seine zerstörten Städte, seinen lahmgelagerten Verkehr und seine tiefe unter dem Durchschnitt des übrigen Europa liegende Ernährungslage kennt, kann die Bedeutung der Wiederherstellung der deutschen Wirtschaft erkennen, nicht die eine Wiederbesetzung Europas, nicht die eine Wiedergewinnung der deutschen Wirtschaft, sondern die deutsche Bevölkerung. Was die deutsche Bevölkerung betrifft, so ist es nicht die Absicht der britischen Regierung, jetzt oder in Zukunft an Vergeltung zu denken.

General Draper unterstrich die Bedeutung des Kohlenexportes, der bereits jetzt einen Jahreserlös von 100 Millionen Dollar einbringe, aus dem ein Teil der Rohstoffe bezahlt wird, die für die Produktion der Industrie benötigt werden. Die industrielle Produktion in der amerikanischen Besatzungszone Deutschlands, so führte General Draper weiter aus, betrug im vergangenen Jahr ein Drittel der Erzeugung des Jahres 1936 und ist bis zum heutigen Tage auf ein Fünftel des Standes von 1936 gesunken. Die Vereinigte Export-Import Agentur (Vieia) hat aus den Erlösen der deutschen Ausfuhr im vergangenen Jahr ein Betriebskapital von etwa 100 Mill. Dollar angesammelt, das zur Finanzierung des beginnenden deutschen Außenhandels verwendet werden soll.

Zurückziehung britischer Truppen
Die britische Geschäftsträger in Athen, Paris und Lissabon, erklärte am Montag, die Gefahr, daß der Kommunismus Griechenland übernehme, nehme ab. Die Lage sei noch ernst, aber Griechenland könne sicher sein, daß die unmittelbare Gefahr vorüber sei.

Der Kampf um Palästina
Jerusalem, 6. Aug. (Dena). In ganz Palästina hat am Dienstag eine großangelegte Aktion der britischen Streitkräfte gegen eine prominente Mitglieder der jüdischen Zionsistenpartei begonnen. Es wurden bisher im Zuge der neuen britischen Maßnahmen zahlreiche Verhaftungen vorgenommen, die der Bürgermeister von Nathalia, Oved Ben Ami, der Bürgermeister von Tel Aviv, der Präsident der Revisionistenpartei und der Bürgermeister von Ramatgan. Es sind im ganzen bisher rund 60 führende Persönlichkeiten der Revisionistenpartei von den Engländern verhaftet worden.

Die palästinensische Regierung hat das Verlassen des Landes für alle Juden verboten.

Im Telegrammstil
Washington. Eine allgemeine Herabsetzung der amerikanischen Besatzungstreitkräfte in Deutschland wird, wie am 5. August in der amerikanischen Hauptstadt erklärt wurde, wahrscheinlich erst dann erfolgen, wenn das amerikanische Außenministerium die Verwaltung der US-Besatzungszone vom Kriegsministerium übernommen hat. (Dena-INS).

Lake Success. Nachdem am 4. August auch der sowjetische Vorschlag zur Regelung der Balkanfrage der Ablehnung durch Polen, brachte Polen einen Kompromißvorschlag ein, der sowohl der russischen als auch der amerikanischen Fassung die Spitze abzubrechen sucht und nur empfiehlt, daß Griechenland, Albanien, Jugoslawien und Bulgarien ihre Probleme selbst lösen sollen. (AP).

London. Regierungsvollmachten, die ebenso groß und vielleicht noch umfassender sind, als sie von der britischen Regierung während des Krieges ausgestellt wurden, sieht ein 5. August Unterhaus eingebrachter Gesetzesentwurf vor, der die Regierung die Mittel in die Hand geben soll, die augenblickliche Wirtschaftskrise zu bekämpfen. (Dena-Reuters).

London. Die Sowjetunion und Polen unterzeichneten am 4. d. Mts. ein neues einjähriges Handelsabkommen, das die Lieferung russischer Rohstoffe zu Polen im Austausch für polnische Fertigwaren vorsieht. (AP).

Paris. Die Bildung einer Zollunion für die 15 Nationen, die an den Pariser Bespre-

General Clay fordert geeignete Gesetze, die Landesverfassung durchzuführen

Militärregierung hält Aufrechterhaltung der Brotration für äußerst wichtig — Ministerpräsidentenempfang doch erwünscht

Stuttgart, 6. Aug. (Eigenbericht). General Clay begrüßte den Länderrat zu seiner 23. Sitzung. Er wies auf die Schwierigkeiten in der Vergangenheit hin, die sich bei der Gesetzgebung auf Zonenbasis ergeben haben. General Clay glaubt, daß dies zum Teil darauf zurückzuführen sei, daß die Militärregierung zu große Beschränkungen auferlegt habe. Der Länderrat sei durch den Rat des parlamentarischen Rates stark unterstützt worden und die Militärregierung werde die abgelehnten Gesetze noch einmal überprüfen. Andererseits bittet General Clay den Länderrat, in Zukunft bei den Gesetzen, die auf zonen einheitlicher Basis erlassen werden sollen, die zonen einheitliche dann könnte der deutsche Standpunkt besser berücksichtigt werden. General Clay ging dann auf die Lebensmittelbeschaffung ein. Das größte Problem sei die Transportfrage der Ernte. Jeder Lastkraftwagen müsse kontrolliert werden, ob er für den Lebensmitteltransport eingesetzt sei.

Obgleich der bizonale Ernährungs- und Landwirtschaftsrat Bedenken habe, die Brotration bei der gegenwärtigen Vorratslage überall voll aufzuführen, halte dies die Militärregierung jedoch für äußerst wichtig und habe die Verantwortung übernommen, die ganze Brotration aufzurufen zu lassen. Seit 7 Monaten arbeiten die Landtage, es ist jetzt notwendig, auch Gesetze zu erlassen, die geeignet seien, die Verfassungen der Länder durchzuführen.

Zoneneinheitliche Gesetze
In der 23. Länderratssitzung wurde der Entwurf eines Gesetzes über Vergünstigungen für Schwerbeschädigte angenommen. An dem Entwurf wird ein Vorschlag weitergeleitet, einige Industrien, bei denen besondere Mißverhältnisse bei den Löhnen herrschen, als sogenannte Problem-Industrien, als solche anzuerkennen und Löhnerhöhungen für US-Zone und die zonen einheitliche Industrie, die Land- und Forstwirtschaft, der Bergbau außer Kohle, Textil- und Bekleidungsindustrie, die Reichsbahn. Der parlamentarische Rat stimmte der beschleunigten Erhöhung der Löhne dieses Zweige bei, ohne sie jedoch als zureichend zu erachten. Der Länderrat nahm ferner in einem Beschluß die Aufgabe der Gesellschaft zur Erfassung von Rüstungsgut an. Auf Antrag des Generalsekretärs wird eine Arbeitsgemeinschaft der deutschen Wirtschaftsverwaltungen entsprechend den Beschlüssen der Münchener Ministerpräsidentenkonferenz gebildet. Auf der Tagesordnung stand noch das Gesetzgebungsverfahren in der US-Zone und die Zoneneinheitlichkeit in der Gesetzgebung. Die Abänderung des Reichleistungsgesetzes und die Befreiung von der Pflicht zum Ersatz für Fürsorgekosten zonen einheitlich genehmigt. Der Entwurf eines Gesetzes über die Einziehung der Zinsen von Pfandbriefen und Komm. Obligationen wurde ebenfalls genehmigt.

Zum erstmaligen wurde in einer Länderratssitzung über die interne Sitzung der Ministerpräsidenten mit General Clay bei der württembergischen badische Landtagspräsident Kell hatte ebenfalls daran teilgenommen.

General Clay wurde der deutsche Standpunkt zur Entnazifizierung mit aller Eindringlichkeit und allen Abstufungen auseinandergesetzt. Es wurden ihm sowohl die Heidenheimer Beschlüsse wie der württemberg-badische Gesetzentwurf zur Änderung des Gesetzes zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus und die dazugehörigen Entschlüsse, die wesentlich weiter gehen als die Heidenheimer Beschlüsse, unterbreitet, und er hat sich erklärt, diese Vorschläge zu prüfen, um sie in der nächsten Länderratssitzung zur Sprache zu bringen. Da die Militärregierung mit der Entnazifizierung, wie sie durch die Heidenheimer Beschlüsse feststanden ist, können wir Hoffnung auf Verständnis haben, äußerte der württemberg-badische Landtagspräsident.

Das Ziel der anglo-amerikanischen Ruhr-Besprechungen
Washington, 6. Aug. (Dena-INS). Das Ziel der hier am 4. August beginnenden britisch-amerikanischen Besprechungen über den Ruhrbergbau ist zunächst die Vereinbarung von Maßnahmen, mit deren Hilfe die tägliche Förderung der Ruhrkohlenförderung im nächsten Monat auf 300 000 Tonnen und bis zum Januar des kommenden Jahres auf 350 000 t gesteigert werden kann, wie INS vom US-Außenministerium erfährt.

Die britische Delegation unter Leitung von Sir William Strang, dem politischen Berater des britischen Oberbefehlshabers in Deutschland, wird am kommenden Montag zur Teilnahme an den Besprechungen einreisen. Für die amerikanische Regierung wird der stellv. Staatssekretär für wirtschaftliche Angelegenheiten im amerikanischen Außenministerium, William T. Boardman, die Verhandlungen leiten. Man erwartet, daß Großbritannien angesichts seiner schwierigen Wirtschaftslage die Übernahme eines Teiles der mit der Besetzung des Ruhrgebietes verbundenen Lasten durch die USA anregen wird. Der amerikanische Außenminister Marshall hat erklärt, die USA würden vorschlagen, daß deutsche Fachleute auf Grund ihrer Kenntnisse unter Aufsicht der Besatzungsmächte in der Verwaltung der Gruben beschäftigt werden sollten.

Washington, 6. Aug. (AP). Das US-Staatsdepartement gab am 4. August bekannt, daß der Beginn der britisch-amerikanischen Konferenz über die Ruhrkohlen-Produktion gegenwärtig für den 12. August in Washington vorgesehen ist.

US-Militärregierung zum Angriff gegen Niemöller
Berlin, 6. Aug. (Dena). Die amerikanische Militärregierung für Deutschland hält die Position Pastor Niemöllers nicht für wichtig genug, um seinem Ausschluss aus der VVN irgendwelche Bedeutung beizumessen, erklärte der stellvertretende Leiter der Abteilung für religiöse Angelegenheiten der amerikanischen Militärregierung für Deutschland am 4. August. Die Zwistigkeiten zwischen Pastor Niemöller und einigen Mitgliedern der VVN lägen nicht auf religiöser Ebene und müßten daher als eine private Auseinandersetzung zwischen Deutschen angesehen werden.

Warum so eilig?
Die Demokratie begann bei uns in der amerikanischen Zone mit dem in Winter und Frühjahr 1946 seit 15 Jahren zum erstenmal wieder durch allgemeine Volkswahl durchgeführten Gemeindevahlen. Der Anfang mit der Demokratisierung der Gemeindevverwaltung war durchaus richtig. Der zukünftige Staat sollte und mußte sich von der Wurzel her demokratisch aufbauen. Mit dieser ersten Wahl war der demokratische Aufbau in Angriff genommen. Die Gemeindevverwaltungen wurden nach der materiellen und personellen Seite hin einer wesentlichen Änderung unterzogen, nicht zuletzt auch aus dem Gesichtspunkt heraus, Verwaltungsarbeiten mit dem notwendigen menschlichen Gefühl zu erfüllen. Diese letztere Aufgabe scheint noch nicht überall und nicht gänzlich erreicht zu sein, so wenig wie der von der Demokratie geforderte anständige Mensch, der gewiß in vielen Exemplaren die Gegend bevölkert, schon zum Idealtypus unseres öffentlichen Lebens geworden ist.

Nun soll, wie wir hören, am 7. Dezember durch Stadtrats- und Gemeinderatswahlen und zwar auch in Baden nach dem württembergischen Wahlrecht über das ganze Land hinweg die personelle Erneuerung der Gemeindevollkolligierten der Gemeindevverwaltung erfolgen. Damit man sich aber an das demokratische Recht gewöhnt und Auswärtigen gewöhnt, sollen dann die Sonntage der Monate Januar, Februar, März und folgende dazu benutzt werden, die Bürgermeister in den einzelnen kleinen und großen Gemeinden zu wählen, wofür dann nicht mehr als Wahlkollegium wie bei der Gemeinderatswahl, sondern das gesamte Wahlvolk aufgerufen wurde. Dazu kämen dann die auf den 25. April für die kreisangehörigen Gemeinden festgesetzten Kreistagswahlen und vielleicht noch weitere Wahlen. Landratswahlen ebenfalls zu Volkswahlstempel, für alle Gemeinden außer den vier kreisfreien größten Städten Nordbadens, die Landratswahlen.

Wenn man bedenkt, daß bei den Bürgermeistereiwahlen zur Erreichung einer absoluten Mehrheit in vielen Fällen zwei Wahlgänge erforderlich sein könnten, so ergibt sich aus dieser Planung ein Wahlprogramm von erheblichem Ausmaß. Das würde nicht nur eine starke Belastung des öffentlichen Lebens, sondern auch eine Inanspruchnahme der Parteien von ganz besonderem Grad sein. Man könnte unschwer, so wie es früher in der Weimarer Zeit ebenfalls war, die Kreiswahlen mit den Gemeindevahlen verbinden, so daß mindestens den kreisangehörigen Gemeinden ein Wahlgang erspart sein. Man könnte unschwer, so wie es früher in der Weimarer Zeit ebenfalls war, die Kreiswahlen mit den Gemeindevahlen verbinden, so daß mindestens den kreisangehörigen Gemeinden ein Wahlgang erspart sein.

Schon die Absicht der Übertragung des württembergischen Wahlrechts auf Nordbaden bedarf einer gründlichen Überprüfung. Es würde bedeuten, daß von dem streng gebundenen Parteiliste, wie sie bisher in Baden vorgeschrieben war, zugunsten der ungebundenen Parteiliste abgegangen würde. Man könnte also, genau wie es bisher in Württemberg der Fall war, kumulieren und panachieren, d. h. auf einem Parteilistenwahlzettel einen besonders bevorzugten Kandidaten mit mehreren Stimmen auszeichnen und Stimmen aus anderen Wahlvorschlägen auf die in Aussicht genommene Parteiliste übertragen. Dieses Verfahren hätte zwar den Nachteil der Unübersichtlichkeit und der Erschwerung der Feststellung des Wahlergebnisses, würde aber zu gleicher Zeit dem Wähler in der Auswahl der Persönlichkeiten eine größere Freiheit verliehen. Dazu könnten die Baden immerhin zu bedenken geben, daß sich die früher in Baden als Gemeindevollkolligierten neben dem Gemeinderat vorhandenen Bürgerausschüsse durchaus vielfach stärker besetzt als die Gemeinderäte, verlagerten damit die Verantwortung für die Kommunalpolitik auf breitere Schultern und waren gerade für die heranwachsende Generation eine ausgezeichnete Vorschule für die praktische Politik.

Eine grundsätzliche Änderung gegenüber der bisherigen Praxis der Wahlen durch den Gemeinderat bzw. Stadträte wäre die Wahl durch alle Wahlberechtigten. Es sprechen viele Überlegungen dafür, die Verantwortung für die Bestimmung des ersten Repräsentanten der Gemeinde der Gesamtbevölkerung zu übertragen. Das Volk soll den, den es als den Besten ansieht, an die Spitze der Gemeindevverwaltung berufen. Das ist durchaus demokratisch und verleiht dem Gemeindevorstand eine besonders starke Stellung im Rahmen der Gemeindevverwaltung. Man sieht aber darüber im klaren sein, daß diese direkte Wahl dem Volk auch eine ganz besondere große Verantwortung für die Geschicke der Gemeinde auferlegt.

Alle diese Fragen müssen vor den nächsten Gemeindevahlen gründlich geklärt werden. Wenn Südbaden vor einiger Zeit innerhalb kurzer Frist eine neue Gemeindevordnung durch Parlamentsbeschluß eingeführt hat, so ist nicht zu ersehen, warum nicht auch Baden-Württemberg vor Abschlus der nächsten Wahlen alle die damit zusammenhängenden Fragen der Gemeindevordnung einer gründlichen parlamentarischen Beratung und Beschlußfassung unterziehen sollte. Es macht einen merkwürdigen Eindruck, daß bereits allerhand Wahltermine genannt werden, während man sich über die grundsätzlichen Fragen keineswegs geeinigt hat, und die Städte und Gemeinden noch nicht gehört wurden. Sollte man vielleicht deshalb den Wahltermin so kurz angesetzt haben, um aus der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit das Recht auf Ausschaltung des Landtags herzuheben? Oder sollte das Parlament im Wege des Ermächtigungsgesetzes alles Weitere der Regierung in Stuttgart überlassen, um am Schluß zu allem ja und Amen zu sagen? Davon müßte mit aller Entschiedenheit abgesehen werden!

Die politisch verfolgten verweigern Kennkartenlochung
Stuttgart, 6. Aug. (Dena). „Kein bei der VVN registrierter politisch, rassisch oder religiös Verfolgter läßt sich seine Kennkarte lösen“, heißt es in einer Entschlußfassung, die auf einer Kreisversammlung der VVN Stuttgart gefaßt und am Dienstag der Dena übergeben wurde.

Karlsruhe an der Schuttbahn

„Karlsruhe am Rhein“ war die in den Jahren zwischen den beiden Weltkriegen durch den damaligen Verkehrsverein zuerst als Werbepole in die Welt hinausgetragene und später offiziell sanktionierte Standortbezeichnung der ehemaligen badischen Landeshauptstadt...

Als Karlsruhe noch großherzogliche Residenzstadt war, hieß es einfach „Karlsruhe in Baden“ zum Unterschied von „Karlsruhe in Schlesien“...

Nun sind der Rhein und der richtige Schwarzwald doch um Etliches von der eigentlichen Stadt Karlsruhe entfernt, und man sollte eher von Karlsruhe als der Stadt zwischen Strom und Berg, also zwischen Rhein und Schwarzwald sprechen...

Badischer Schachkongress in Durlach beendete

Der 2. Badische Schachkongress, der vom 27. Juli bis 1. August alle Schachfreunde aus Baden in Karlsruhe-Durlach zum friedlichen Geisteswettkampfe vereinte, hat mit seiner mannigfaltigen und abwechslungsreichen Durlacher Schachwoche in dem schönen Buch badischer Schachgeschichte eine würdige Seite gesichert...

Wie wird das Wetter?

Wetterbericht vom Amt für Wetterdienst Karlsruhe: Wieder wärmer und trockener. Vorhersage bis Freitag: Anfangs wolkig, zeitweise heiter und im wesentlichen trocken...

Wichtige Wertschaffung

Wird das Ausland Aufträge erteilen? — Exportmesse in Hannover

Nachrichten über Messen gelten heute in Deutschland einen Pufferling, die Öffentlichkeit beginnt ihnen mit zunehmender Skepsis zu begegnen. Insbesondere aber hat der Begriff „Leistungsschau“, hinter dessen repräsentativer Fassade sich nur Trümmer vergangener Messen verbergen, einen Ruf nach Erneuerung in Hannover, vom 18. August bis 7. September die große Exportmesse der britischen und amerikanischen Zone stattfinden soll...

KURZE STADTNOTIZEN

Unterernährung und Hitze erzeugen Hirngespinnste. Eine auffällige Erscheinung unserer Notzeit ist seit einiger Zeit die Unruhe in kindlichen Gehirnen...

2. Division von Mil.-Reg. lizenziert

Die 2. Division wurde von der Militärregierung lizenziert und spielt in zwei Abteilungen zu je zehn Vereinen. Das Einverständnis der Oberliga liegt vor. Näheres folgt!

Mißbrauchte Gastfreundschaft. Ein junger Mann mißbrauchte die Gastfreundschaft, die ihm eine Familie dadurch gewährte, daß sie ihm ein Nachquartier zur Verfügung stellte...

Tödlicher Sturz. Eine 76jährige Frau stürzte in den Abendstunden in ihrem Garten über einen gespannten Draht. Hierbei erlitt sie einen Schädelbruch...

Gestohlene Dose. Ein Ladendieb entwendete im Kaufhaus Union verschiedene Gegenstände. Die Dose wurde von einer Verkäuferin erwischt...

Orthopädische Sprechstunde im August. Täglich von 8 bis 12 Uhr in Karlsruhe, Schierstraße 2.

„Schwaben Zeugen“. Ein öffentlicher Vortrag „Ankündigung von Gottes vollkommener Regierung“ am Sonntag, 10. August, 20 Uhr im Städtischen Konzerthaus.

„Badenia“-Bausparkasse veranstaltet vom Freitag, 8. August, bis einschließlich Montag, 11. August, in den Nowak-Gaststätten eine Modische moderne Eigenheim.

Achtung Kraftfahrer! Am Sonntag, 10. August, vormittags 9 Uhr findet im Roten Haus, Waldstraße 2, eine Versammlung des Gesamtverbandes des Personals der öffentlichen Dienste...

Itzehoier Rennen. Der Vorverkauf für die Itzehoier Rennen am 10. und 17. August findet ab Donnerstag, 7. August, an der Kurbel-Vorverkaufsstelle statt.

Goldene Hochzeit. Am 7. August beendete die Eheleute Viktor Flaig, Karlsruhe, und Helene Flaig, Karlsruhe, ihr 50. Ehejubiläum.

Welmütige Erinnerungen und verpflichtende Aufgabe. Lichtbildvortrag von F. Hugenschmidt über Alt-Karlsruhe.

Wenn F. Hugenschmidt, der badische Denkmalspflger, das Wort zu einigen Lichtbildern über Karlsruhe ergreift, so darf seine Hörschaft sicher sein, wenn sie ihre Aufmerksamkeit auf die Worte des Mannes richtet...

Wie wird das Wetter? Wetterbericht vom Amt für Wetterdienst Karlsruhe: Wieder wärmer und trockener. Vorhersage bis Freitag: Anfangs wolkig, zeitweise heiter...

Wichtige Wertschaffung. Wird das Ausland Aufträge erteilen? — Exportmesse in Hannover

Nachrichten über Messen gelten heute in Deutschland einen Pufferling, die Öffentlichkeit beginnt ihnen mit zunehmender Skepsis zu begegnen. Insbesondere aber hat der Begriff „Leistungsschau“, hinter dessen repräsentativer Fassade sich nur Trümmer vergangener Messen verbergen, einen Ruf nach Erneuerung in Hannover, vom 18. August bis 7. September die große Exportmesse der britischen und amerikanischen Zone stattfinden soll...

Denken „Landboten“ nur an sich?

Württembergisch-badische Frühlingskaufleute gegen direkten Bezug von Kernobst

Der Landesverband württembergisch-badischer Gemüse- und Frühlingskaufleute erhob in Stuttgart am Mittwoch auf einer Professorentsprechung Einspruch gegen einen Landtagsbeschluss...

In einer Resolution werden die restlose Erfassung des Kernobstes, das Verbot jedes direkten Verkehrs zwischen Erzeuger und Verbraucher, strenge Preiskontrolle und scharfe Maßnahmen gegen den Schwarzhandel gefordert.

Der Verbandsvorsitzende Theodor Krug verlangte eine Erweiterung der Fachverbände und Vergrößerung ihres Einflusses. Auf einer Beiratsitzung im Ernährungsministerium seien, so erklärte er, alle Fragen zwischen den Vertretern des Kleinhandels und der Gewerkschaften der Ansicht gewesen, daß der Erzeuger etwa 30 Prozent seiner Produkte zu eigenen Kompensationsgeschäften unbedingt benötige...

Diebstahl mit „Heil Hitler“. Eine Bankdirektorsfrau aus der Bunsenstrasse wurde an der Stollstrasse in Karlsruhe von einem Kleinkindern Mohn abgebracht und entwendet. Den sie zur Rechenschaft ziehenden und verhörenden Polizeibeamten gegenüber trug sie die Begegnung mit „Heil Hitler“.

Reisender Stillethäter. Die Kriminalpolizei teilt mit: „In den letzten Wochen ist im Bezirk Karlsruhe und weitere Umgebung ein Mann in mittleren Jahren an der Stollstrasse in Karlsruhe in der Weise aufgefallen, die dem Verdacht ausreicht, daß er ein Stillethäter ist. Er wird etwa wie folgt beschrieben: ca. 40 Jahre alt, mittelgroß, blaue Haare, stechender Blick, trägt teils Sportkleidung, teils Pullover. Bei Auftreten sofort nächste Polizeibehörde verständigen.“

Benutzt beim Baden kein Autoschlüssel. Durch die Unsitte beim Schwimmen einen Autoschlüssel zu benutzen, werden nicht selten Schäden verursacht. Hierbei sind die Fahrer zu warnen, daß die Autoschlüssel nicht in der Hand zu führen sind. Dies hat schon allzuvielen Menschen das Leben gekostet.

Orthopädische Sprechstunde im August. Täglich von 8 bis 12 Uhr in Karlsruhe, Schierstraße 2.

„Schwaben Zeugen“. Ein öffentlicher Vortrag „Ankündigung von Gottes vollkommener Regierung“ am Sonntag, 10. August, 20 Uhr im Städtischen Konzerthaus.

„Badenia“-Bausparkasse veranstaltet vom Freitag, 8. August, bis einschließlich Montag, 11. August, in den Nowak-Gaststätten eine Modische moderne Eigenheim.

Achtung Kraftfahrer! Am Sonntag, 10. August, vormittags 9 Uhr findet im Roten Haus, Waldstraße 2, eine Versammlung des Gesamtverbandes des Personals der öffentlichen Dienste...

Itzehoier Rennen. Der Vorverkauf für die Itzehoier Rennen am 10. und 17. August findet ab Donnerstag, 7. August, an der Kurbel-Vorverkaufsstelle statt.

Goldene Hochzeit. Am 7. August beendete die Eheleute Viktor Flaig, Karlsruhe, und Helene Flaig, Karlsruhe, ihr 50. Ehejubiläum.

Welmütige Erinnerungen und verpflichtende Aufgabe. Lichtbildvortrag von F. Hugenschmidt über Alt-Karlsruhe.

Wenn F. Hugenschmidt, der badische Denkmalspflger, das Wort zu einigen Lichtbildern über Karlsruhe ergreift, so darf seine Hörschaft sicher sein, wenn sie ihre Aufmerksamkeit auf die Worte des Mannes richtet...

Wie wird das Wetter? Wetterbericht vom Amt für Wetterdienst Karlsruhe: Wieder wärmer und trockener. Vorhersage bis Freitag: Anfangs wolkig, zeitweise heiter...

Wichtige Wertschaffung. Wird das Ausland Aufträge erteilen? — Exportmesse in Hannover

Nachrichten über Messen gelten heute in Deutschland einen Pufferling, die Öffentlichkeit beginnt ihnen mit zunehmender Skepsis zu begegnen. Insbesondere aber hat der Begriff „Leistungsschau“, hinter dessen repräsentativer Fassade sich nur Trümmer vergangener Messen verbergen, einen Ruf nach Erneuerung in Hannover, vom 18. August bis 7. September die große Exportmesse der britischen und amerikanischen Zone stattfinden soll...

Vom Scheiden

Leider ein durchaus aktuelles Kapitel, das Scheiden und Geschiedenen werden, ist interessant dabei besonders, wie die meisten dieser Aktionen ohne dramatische Höhepunkte und ohne schwierig-psychologische Fragenkomplexe gelöst werden können.

Man debattiert zumeist auf dem tatsächlichen Scheidungsfall — darüber ist man sich meist vorher schon einig geworden —, dagegen anbreiten der Zankrieg oft auf neue, wenn das „Scheidungsdekret“ zur Sprache kommt, wobei der Mann ein Knochentopfes oder der letzten Kartoffel im Keller oft heftiger umstritten ist, als gerade die Beweggründe, die diesen Kammer führten.

Die Scheidungskammer führten. Der ehemalige Scheidungsrichter, der ehemalige Hauptmann oder Regierungsrat, dessen Wochenlohnzettel als „Schlupfweg“ eben noch 30 RM aufweist, erweckt dabei oft noch mehr Vertrauen, als die kecke Mondäne, die geradeheraus aus dem Scheidungsrichter die Scheidungskammer führten.

Die Scheidungskammer führten. Der ehemalige Scheidungsrichter, der ehemalige Hauptmann oder Regierungsrat, dessen Wochenlohnzettel als „Schlupfweg“ eben noch 30 RM aufweist, erweckt dabei oft noch mehr Vertrauen, als die kecke Mondäne, die geradeheraus aus dem Scheidungsrichter die Scheidungskammer führten.

Die Scheidungskammer führten. Der ehemalige Scheidungsrichter, der ehemalige Hauptmann oder Regierungsrat, dessen Wochenlohnzettel als „Schlupfweg“ eben noch 30 RM aufweist, erweckt dabei oft noch mehr Vertrauen, als die kecke Mondäne, die geradeheraus aus dem Scheidungsrichter die Scheidungskammer führten.

Die Scheidungskammer führten. Der ehemalige Scheidungsrichter, der ehemalige Hauptmann oder Regierungsrat, dessen Wochenlohnzettel als „Schlupfweg“ eben noch 30 RM aufweist, erweckt dabei oft noch mehr Vertrauen, als die kecke Mondäne, die geradeheraus aus dem Scheidungsrichter die Scheidungskammer führten.

Die Scheidungskammer führten. Der ehemalige Scheidungsrichter, der ehemalige Hauptmann oder Regierungsrat, dessen Wochenlohnzettel als „Schlupfweg“ eben noch 30 RM aufweist, erweckt dabei oft noch mehr Vertrauen, als die kecke Mondäne, die geradeheraus aus dem Scheidungsrichter die Scheidungskammer führten.

Die Scheidungskammer führten. Der ehemalige Scheidungsrichter, der ehemalige Hauptmann oder Regierungsrat, dessen Wochenlohnzettel als „Schlupfweg“ eben noch 30 RM aufweist, erweckt dabei oft noch mehr Vertrauen, als die kecke Mondäne, die geradeheraus aus dem Scheidungsrichter die Scheidungskammer führten.

Die Scheidungskammer führten. Der ehemalige Scheidungsrichter, der ehemalige Hauptmann oder Regierungsrat, dessen Wochenlohnzettel als „Schlupfweg“ eben noch 30 RM aufweist, erweckt dabei oft noch mehr Vertrauen, als die kecke Mondäne, die geradeheraus aus dem Scheidungsrichter die Scheidungskammer führten.

Die Scheidungskammer führten. Der ehemalige Scheidungsrichter, der ehemalige Hauptmann oder Regierungsrat, dessen Wochenlohnzettel als „Schlupfweg“ eben noch 30 RM aufweist, erweckt dabei oft noch mehr Vertrauen, als die kecke Mondäne, die geradeheraus aus dem Scheidungsrichter die Scheidungskammer führten.

Die Scheidungskammer führten. Der ehemalige Scheidungsrichter, der ehemalige Hauptmann oder Regierungsrat, dessen Wochenlohnzettel als „Schlupfweg“ eben noch 30 RM aufweist, erweckt dabei oft noch mehr Vertrauen, als die kecke Mondäne, die geradeheraus aus dem Scheidungsrichter die Scheidungskammer führten.

Die Scheidungskammer führten. Der ehemalige Scheidungsrichter, der ehemalige Hauptmann oder Regierungsrat, dessen Wochenlohnzettel als „Schlupfweg“ eben noch 30 RM aufweist, erweckt dabei oft noch mehr Vertrauen, als die kecke Mondäne, die geradeheraus aus dem Scheidungsrichter die Scheidungskammer führten.

Die Scheidungskammer führten. Der ehemalige Scheidungsrichter, der ehemalige Hauptmann oder Regierungsrat, dessen Wochenlohnzettel als „Schlupfweg“ eben noch 30 RM aufweist, erweckt dabei oft noch mehr Vertrauen, als die kecke Mondäne, die geradeheraus aus dem Scheidungsrichter die Scheidungskammer führten.

Die Scheidungskammer führten. Der ehemalige Scheidungsrichter, der ehemalige Hauptmann oder Regierungsrat, dessen Wochenlohnzettel als „Schlupfweg“ eben noch 30 RM aufweist, erweckt dabei oft noch mehr Vertrauen, als die kecke Mondäne, die geradeheraus aus dem Scheidungsrichter die Scheidungskammer führten.

Die Scheidungskammer führten. Der ehemalige Scheidungsrichter, der ehemalige Hauptmann oder Regierungsrat, dessen Wochenlohnzettel als „Schlupfweg“ eben noch 30 RM aufweist, erweckt dabei oft noch mehr Vertrauen, als die kecke Mondäne, die geradeheraus aus dem Scheidungsrichter die Scheidungskammer führten.

Die Scheidungskammer führten. Der ehemalige Scheidungsrichter, der ehemalige Hauptmann oder Regierungsrat, dessen Wochenlohnzettel als „Schlupfweg“ eben noch 30 RM aufweist, erweckt dabei oft noch mehr Vertrauen, als die kecke Mondäne, die geradeheraus aus dem Scheidungsrichter die Scheidungskammer führten.

Die Scheidungskammer führten. Der ehemalige Scheidungsrichter, der ehemalige Hauptmann oder Regierungsrat, dessen Wochenlohnzettel als „Schlupfweg“ eben noch 30 RM aufweist, erweckt dabei oft noch mehr Vertrauen, als die kecke Mondäne, die geradeheraus aus dem Scheidungsrichter die Scheidungskammer führten.

Die Scheidungskammer führten. Der ehemalige Scheidungsrichter, der ehemalige Hauptmann oder Regierungsrat, dessen Wochenlohnzettel als „Schlupfweg“ eben noch 30 RM aufweist, erweckt dabei oft noch mehr Vertrauen, als die kecke Mondäne, die geradeheraus aus dem Scheidungsrichter die Scheidungskammer führten.

Die Scheidungskammer führten. Der ehemalige Scheidungsrichter, der ehemalige Hauptmann oder Regierungsrat, dessen Wochenlohnzettel als „Schlupfweg“ eben noch 30 RM aufweist, erweckt dabei oft noch mehr Vertrauen, als die kecke Mondäne, die geradeheraus aus dem Scheidungsrichter die Scheidungskammer führten.

Die Scheidungskammer führten. Der ehemalige Scheidungsrichter, der ehemalige Hauptmann oder Regierungsrat, dessen Wochenlohnzettel als „Schlupfweg“ eben noch 30 RM aufweist, erweckt dabei oft noch mehr Vertrauen, als die kecke Mondäne, die geradeheraus aus dem Scheidungsrichter die Scheidungskammer führten.

Die Scheidungskammer führten. Der ehemalige Scheidungsrichter, der ehemalige Hauptmann oder Regierungsrat, dessen Wochenlohnzettel als „Schlupfweg“ eben noch 30 RM aufweist, erweckt dabei oft noch mehr Vertrauen, als die kecke Mondäne, die geradeheraus aus dem Scheidungsrichter die Scheidungskammer führten.

Die Scheidungskammer führten. Der ehemalige Scheidungsrichter, der ehemalige Hauptmann oder Regierungsrat, dessen Wochenlohnzettel als „Schlupfweg“ eben noch 30 RM aufweist, erweckt dabei oft noch mehr Vertrauen, als die kecke Mondäne, die geradeheraus aus dem Scheidungsrichter die Scheidungskammer führten.

Die Scheidungskammer führten. Der ehemalige Scheidungsrichter, der ehemalige Hauptmann oder Regierungsrat, dessen Wochenlohnzettel als „Schlupfweg“ eben noch 30 RM aufweist, erweckt dabei oft noch mehr Vertrauen, als die kecke Mondäne, die geradeheraus aus dem Scheidungsrichter die Scheidungskammer führten.

Die Scheidungskammer führten. Der ehemalige Scheidungsrichter, der ehemalige Hauptmann oder Regierungsrat, dessen Wochenlohnzettel als „Schlupfweg“ eben noch 30 RM aufweist, erweckt dabei oft noch mehr Vertrauen, als die kecke Mondäne, die geradeheraus aus dem Scheidungsrichter die Scheidungskammer führten.

Die Scheidungskammer führten. Der ehemalige Scheidungsrichter, der ehemalige Hauptmann oder Regierungsrat, dessen Wochenlohnzettel als „Schlupfweg“ eben noch 30 RM aufweist, erweckt dabei oft noch mehr Vertrauen, als die kecke Mondäne, die geradeheraus aus dem Scheidungsrichter die Scheidungskammer führten.

Die Scheidungskammer führten. Der ehemalige Scheidungsrichter, der ehemalige Hauptmann oder Regierungsrat, dessen Wochenlohnzettel als „Schlupfweg“ eben noch 30 RM aufweist, erweckt dabei oft noch mehr Vertrauen, als die kecke Mondäne, die geradeheraus aus dem Scheidungsrichter die Scheidungskammer führten.

Die Scheidungskammer führten. Der ehemalige Scheidungsrichter, der ehemalige Hauptmann oder Regierungsrat, dessen Wochenlohnzettel als „Schlupfweg“ eben noch 30 RM aufweist, erweckt dabei oft noch mehr Vertrauen, als die kecke Mondäne, die geradeheraus aus dem Scheidungsrichter die Scheidungskammer führten.

Die Scheidungskammer führten. Der ehemalige Scheidungsrichter, der ehemalige Hauptmann oder Regierungsrat, dessen Wochenlohnzettel als „Schlupfweg“ eben noch 30 RM aufweist, erweckt dabei oft noch mehr Vertrauen, als die kecke Mondäne, die geradeheraus aus dem Scheidungsrichter die Scheidungskammer führten.

Die Scheidungskammer führten. Der ehemalige Scheidungsrichter, der ehemalige Hauptmann oder Regierungsrat, dessen Wochenlohnzettel als „Schlupfweg“ eben noch 30 RM aufweist, erweckt dabei oft noch mehr Vertrauen, als die kecke Mondäne, die geradeheraus aus dem Scheidungsrichter die Scheidungskammer führten.

Die Scheidungskammer führten. Der ehemalige Scheidungsrichter, der ehemalige Hauptmann oder Regierungsrat, dessen Wochenlohnzettel als „Schlupfweg“ eben noch 30 RM aufweist, erweckt dabei oft noch mehr Vertrauen, als die kecke Mondäne, die geradeheraus aus dem Scheidungsrichter die Scheidungskammer führten.

Die Scheidungskammer führten. Der ehemalige Scheidungsrichter, der ehemalige Hauptmann oder Regierungsrat, dessen Wochenlohnzettel als „Schlupfweg“ eben noch 30 RM aufweist, erweckt dabei oft noch mehr Vertrauen, als die kecke Mondäne, die geradeheraus aus dem Scheidungsrichter die Scheidungskammer führten.

Die Scheidungskammer führten. Der ehemalige Scheidungsrichter, der ehemalige Hauptmann oder Regierungsrat, dessen Wochenlohnzettel als „Schlupfweg“ eben noch 30 RM aufweist, erweckt dabei oft noch mehr Vertrauen, als die kecke Mondäne, die geradeheraus aus dem Scheidungsrichter die Scheidungskammer führten.

Die Scheidungskammer führten. Der ehemalige Scheidungsrichter, der ehemalige Hauptmann oder Regierungsrat, dessen Wochenlohnzettel als „Schlupfweg“ eben noch 30 RM aufweist, erweckt dabei oft noch mehr Vertrauen, als die kecke Mondäne, die geradeheraus aus dem Scheidungsrichter die Scheidungskammer führten.

Die Scheidungskammer führten. Der ehemalige Scheidungsrichter, der ehemalige Hauptmann oder Regierungsrat, dessen Wochenlohnzettel als „Schlupfweg“ eben noch 30 RM aufweist, erweckt dabei oft noch mehr Vertrauen, als die kecke Mondäne, die geradeheraus aus dem Scheidungsrichter die Scheidungskammer führten.

Die Scheidungskammer führten. Der ehemalige Scheidungsrichter, der ehemalige Hauptmann oder Regierungsrat, dessen Wochenlohnzettel als „Schlupfweg“ eben noch 30 RM aufweist, erweckt dabei oft noch mehr Vertrauen, als die kecke Mondäne, die geradeheraus aus dem Scheidungsrichter die Scheidungskammer führten.

Die Scheidungskammer führten. Der ehemalige Scheidungsrichter, der ehemalige Hauptmann oder Regierungsrat, dessen Wochenlohnzettel als „Schlupfweg“ eben noch 30 RM aufweist, erweckt dabei oft noch mehr Vertrauen, als die kecke Mondäne, die geradeheraus aus dem Scheidungsrichter die Scheidungskammer führten.

Die Scheidungskammer führten. Der ehemalige Scheidungsrichter, der ehemalige Hauptmann oder Regierungsrat, dessen Wochenlohnzettel als „Schlupfweg“ eben noch 30 RM aufweist, erweckt dabei oft noch mehr Vertrauen, als die kecke Mondäne, die geradeheraus aus dem Scheidungsrichter die Scheidungskammer führten.

Die Scheidungskammer führten. Der ehemalige Scheidungsrichter, der ehemalige Hauptmann oder Regierungsrat, dessen Wochenlohnzettel als „Schlupfweg“ eben noch 30 RM aufweist, erweckt dabei oft noch mehr Vertrauen, als die kecke Mondäne, die geradeheraus aus dem Scheidungsrichter die Scheidungskammer führten.

Die Scheidungskammer führten. Der ehemalige Scheidungsrichter, der ehemalige Hauptmann oder Regierungsrat, dessen Wochenlohnzettel als „Schlupfweg“ eben noch 30 RM aufweist, erweckt dabei oft noch mehr Vertrauen, als die kecke Mondäne, die geradeheraus aus dem Scheidungsrichter die Scheidungskammer führten.